

Ich erkläre meinen BEITRITT zur Roten Hilfe e.V. und zahle einen Monatsbeitrag von

- ☐ 10,00 € (Solibetrag) ☐ 7,50 € (regulär) ☐ 5,00 € (ermäßigt)
☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich

Vorname & Name
Straße & Hausnummer
PLZ & Ort
Telefon / E-Mail
IBAN
Datum & Unterschrift

- ☐ Ich zahle per **DAUERAUFTRAG** auf das Konto der Roten Hilfe e.V.
- ☐ Der Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V. wird, jederzeit widerruflich, ermächtigt, den Beitrag mittels **LASTSCHRIFT** von dem angegebenen Konto einzuziehen. Zugleich wird das Kreditinstitut angewiesen, die von der Roten Hilfe e.V. auf das Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Eventuell verursachte Rücklastgebühren gehen zu Lasten der*des Kontoinhaber*in und können ebenfalls abgebucht werden.

Rote Hilfe e.V. Bundesvorstand, Göttingen, Gläubiger-Identifikationsnummer: DE49ZZZ00000318799 | Mandatsreferenznummer: Wird separat mitgeteilt
Wie wir im Rahmen der Mitgliederverwaltung mit deinen Daten umgehen, erfährst du unter <https://rote-hilfe.de/images/pdf/Art13-mitglied.pdf>

EIN SOLIDARITÄTSVEREIN FÜR ALLE LINKEN

Unser Verein setzt sich aus Personen zusammen, die sich alle der politischen Linken zugehörig fühlen. Wir sind politisch und finanziell unabhängig, arbeiten strömungsübergreifend zusammen und haben ein pluralistisches Selbstverständnis. Unser Anspruch ist es, im Fall von staatlicher Repression gegen Einzelne oder die linke Bewegung insgesamt tätig zu werden und Solidarität zu organisieren. Bei allen möglichen Differenzen innerhalb der Linken: Im Fall von Angriffen stehen wir zusammen!

Weitere Infos zur Kampagne:
solidaritaet-verbindet.de

**SOLIDARITÄT
VERBINDET**

V.i.S.d.P.: Rote Hilfe e.V., A. Sommerfeld, Postfach 3255, 37022 Göttingen

**SOLIDARITÄT
VERBINDET**
solidaritaet-verbindet.de



EIN SOLIDARITÄTSVEREIN FÜR ALLE LINKEN

ROTE HILFE E.V.



SOLIDARISCHE BERATUNG UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Wir bieten bundesweit Anlaufstellen, die im Fall von Repression mit Rat und Tat zur Seite stehen, Prozesse begleiten, Solidaritätsaktionen entwickeln und unterstützen. Eines der langfristig wirksamsten Mittel gegen die Repression ist unsere Aufforderung zur Aussageverweigerung bei Polizei und Staatsanwaltschaft. Außerdem ist es wichtig, dass Aktivist*innen ihre Rechte bei Versammlungen und die aktuelle Gesetzeslage kennen. Zu diesen und anderen Themen rund um Solidarität und Repression bieten wir Vorträge bei Veranstaltungen, Konferenzen oder Gruppenabenden an.

Durch Mitgliedsbeiträge und Spenden sind wir in der Lage, die Kosten eines politisch motivierten Verfahrens anteilig zu übernehmen. Dazu zählen die Kosten für einen Rechtsbeistand, Strafen und Gerichtskosten. Damit tragen wir dazu bei, dass die Betroffenen mit den materiellen Folgen nicht alleingelassen werden und stellen zudem sicher, dass die Inanspruchnahme eines Rechtsbeistands nicht eine Frage des Geldbeutels ist.

FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG BEI REPRESSION!



FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Entgegen den Behauptungen von Behörden und bürgerlicher Politik gibt es auch in Deutschland politische Gefangene aus der linken Bewegung. Diese stammen in den meisten Fällen aus der Türkei/Kurdistan. Aber auch Teilnehmende an den G20- und anderen linken Protesten sind aktuell immer noch inhaftiert und es stehen weitere Prozesse an. In diesen und anderen Fällen sammeln wir Geld, um die oft sehr kostspieligen Verfahren zu finanzieren und für eine effektive Verteidigung sorgen zu können. Darüber hinaus gilt unsere Solidarität weltweit allen Angehörigen linker Bewegungen, die aufgrund ihres Engagements verfolgt, verhaftet und eingesperrt werden.

Wir stellen uns gegen die Einschränkung linker Politik durch staatliche Institutionen. Egal ob es sich um schikanöse Demonstrationsauflagen, um Versammlungsverbote, um Verbote linker Organisationen oder die Verfolgung einzelner Aktivist*innen handelt. Wir sind solidarisch mit den von solchen Handlungen betroffenen Organisationen und Personen, unabhängig von ihren politischen Einstellungen und angewandten Aktionsformen.

GRUNDRECHTE VERTEIDIGEN GEGEN ÜBERWACHUNG UND UNTERDRÜCKUNG



GEGEN DIE KRIMINALISIERUNG LINKER POLITIK!

Wir protestieren gegen Gesetzesverschärfungen und Grundrechtseinschränkungen. Beispielhaft seien hier die neuen Polizeigesetze genannt, die der Polizei sehr weitreichende Möglichkeiten zur Überwachung und Unterdrückung geben. Aber auch die schleichende Aushöhlung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit sowie die fortschreitende Entrechtung geflüchteter Menschen sind Themenbereiche, mit denen wir uns befassen und gegen die wir Protest organisieren.